

GRÜN wirkt!

Unser Programm für unsere Stadt GRÜNE Ideen für Bad Driburg



Die Zukunft unserer Stadt

Die Ziele und Instrumente der Wohnungspolitik müssen von Region zu Region konkret an den jeweiligen Handlungserfordernissen orientiert sein. Deshalb ist die regionale Differenzierung genauso so wichtig wie die regionale Kooperation bei der Festlegung der Ziele und bei der Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten. Bei der gesellschaftlichen Gestaltung des demografischen Wandels müssen die Kommunen auch im Bereich der Wohnungspolitik mehr Freiheit bekommen und mehr Verantwortung übernehmen.

Schon vor drei Jahren haben wir (zunächst gegen erhebliche Widerstände) angeregt, die Probleme des demografischen Wandels in einer koordinierenden Arbeitsgruppe themenübergreifend aufzunehmen und langfristige Pläne für die Weiterentwicklung der Stadt zu erstellen. Dazu gehörten Leerstandskataster, Baulandflächenkataster über baureife Grundstücke in der Stadt, Wohnstrukturpläne über die Alterstruktur der Bewohner in einzelnen Ortteilen und/oder Straßen, Kindergarten- und Schulentwicklungspläne für die nächsten 15 Jahre.

Zwar hat es in den letzten Jahren diverse Anstöße zu solchen Planungen gegeben, es fehlte aber immer an der übergreifenden Verbindung dieser Überlegungen.

Der demographische Wandel zwingt uns zu neuem Denken um junge Menschen, insbesondere Familien, in unserer Stadt und unseren Dörfern halten zu können.

Aus diesem Grund setzt sich die GRÜNEN in Bad Driburg für ein modernes Dorfleben ein, das unter anderem durch eine zentrale Internetplattform unterstützt werden könnte: Solch ein Netzwerk sollte Informationsbörse und Kommunikationsplattform für alle Bürger sein. Somit wäre es für die heimischen Vereine und Unternehmen möglich, sich auf einer zentralen Homepage zu präsentieren und Aktionen zu organisieren.

Diese Einrichtung erleichtert das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen und fördert das öffentliche Bild unserer Gemeinde.

Mehr Rechte für Kinder und Jugendliche vor Ort

Wir Grüne haben uns immer für mehr Beteiligung und Mitentscheidung in der kommunalen Politik durch Kinder und Jugendliche stark gemacht.

Dies wird künftig noch wichtiger. Denn der Trend, Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, spielt sich in vielen Städten und Gemeinden ab. Die Satzungen der öffentlichen Plätze und Räume zum Beispiel müssen die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen stärker in den Blick nehmen. Dies gilt auch für die Beteiligung von jungen Menschen an den



Entscheidungen des kommunalen Lebens. Wir unterstützen daher ganz ausdrücklich das Bad Driburger Jugendparlament!

Jugendbeteiligung darf aber nicht zur Schein-Beteiligung verkommen. Wir wollen echte Mitsprache und echte Mitentscheidung, auch und vor allem bei der direkten Sozialraumplanung.

Dazu gehört auch, dass wir GRÜNE uns dafür einsetzen, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Hintergrund zu besseren Lebenschancen zu verhelfen. Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht als erste Opfer einer Rotstiftpolitik werden, die knappen Kassen geschuldet ist.

Zudem werden wir uns einsetzen müssen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen und einer zukunftsfesten Bildungslandschaft in Bad Driburg. Dazu sind intensive Gespräche mit Unternehmen und allen betroffenen Bildungseinrichtungen notwendig.

Übrigens: dass Jugendliche schon mit 16 Jahren bei der Kommunalwahl mitwählen dürfen, ist ein rot-GRÜNES Projekt! Die CDU war damals gegen das Wahlrecht mit 16!

Gemeinsam müssen wir Bildung neu voranbringen!

Kindertagesstätte, Grundschule, weiterführende Schulen – junge Familien achten auf die Angebote, die eine Stadt ihnen für ihre Kinder machen kann. Nicht nur ein schönes Wohnumfeld ist wichtig, sondern auch, wie Familien ihr privates Leben und den Beruf miteinander verbinden können.

Ist der Kindergarten in erreichbarer Nähe? Kann mein Kind die Schule zu Fuß oder in angemessener Zeit mit dem Bus erreichen? Gibt es Betreuungsangebote, Musik- und Sportgruppen vor Ort? – Fragen, die darüber entscheiden, wo eine Familie sich niederlässt, ob sie in die Stadt oder aufs Dorf zieht.

So werden wir uns als GRÜNE intensiv darum bemühen auch kleine Kindergärten vor Ort zu halten, obwohl das Kinderbildungsgesetz der jetzigen Landesregierung die Voraussetzungen dafür verschlechtert hat. Die Betreuung unter 3-jähriger muss so ausgebaut werden, dass alle Eltern einen entsprechenden Platz für ihr Kind erhalten können.

Die Grundschule am Ort ist wichtig, allerdings muss sie mit Material und Lehrern/innen so ausgestattet sein, dass ein qualifiziertes Lernumfeld für die Kinder geschaffen werden kann. Zwar sind für eine Schule ausreichende Gesamtschülerzahlen erforderlich. Grundschulklassen mit 30 Kindern dürfen aber bei den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr sein.



Da im Laufe der Jahre die Schülerzahlen rückläufig sein werden, müssen wir uns auch in Bad Driburg frühzeitig darum kümmern, wie Bildung zukünftig gestaltet werden kann.

Wir werden mit allen Beteiligten auch darüber nachdenken müssen, wie es weiter gehen kann. Auch hier wollen wir mit den Beteiligten, den Lehrern, Eltern und Schülern frühzeitig ins Gespräch kommen.

Wir als Grüne befürworten diese Veränderungsgedanken, denn Deutschlands Schüler sind im internationalen Vergleich nur noch im unteren Leistungsbereich zu finden. Auch ist der schulische Erfolg immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängig, und die frühe Aufteilung in die unterschiedlichen Schulformen ermöglicht kaum Durchlässigkeit.

Auch die Stadt Bad Driburg muss sich in Zukunft Gedanken über Neuerungen machen. Die Kommune ist verantwortlich für eine erfolgreiche Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen.

- Wir GRÜNE halten die Schaffung einer Verbundschule auch für Bad Driburg für sinnvoll:
- Der demographische Wandel hinterlässt auch bei uns tiefe Spuren. Durch den drastischen Geburtenrückgang erleben wir an der Realschule einen Rückgang der Schülerzahlen von ca. 8%, an der Hauptschule sogar einen Rückgang von ca. 33 %. Die Hauptschule ist auf lange Sicht so kaum zu halten.
- Die Lage wäre ideal. Die Gebäude stehen direkt nebeneinander, sodass Kursräume, Aufenthaltsräume, etc. gemeinsam genutzt werden könnten.
- Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen wird verbessert. Derzeit gehen nur 1,1 % der Hauptschüler und nur 13,59 % der Realschüler anschließend zum Gymnasium.
- Die Verbundschule macht das Schulsystem gerechter.

Diese Aspekte sprechen zwingend für eine künftige Zusammenlegung von Haupt- und Realschule. Wir Grüne wollen die Kompetenzen der bestehenden Schulen stärken und laden Schüler, Eltern und Lehrer ein, diesen Weg mutig mit uns zu gehen.

Mobilität muss für alle Menschen möglich sein

Wir setzen deshalb auf einen konsequenten Ausbau eines weitgehend barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs und Konzepte, die allen Menschen unabhängig von ihrer Einkommensstruktur den Zugang zu Mobilität ermöglichen.

Das gilt gerade auch für unseren ländlichen Raum!

Unsere Ideen: ein günstiger Tarif für Jugendliche im öffentlichen Nahverkehr; Car-Sharing, Charterbusse für Kinobesuche, Schwimmen, Disco, etc.;



Wir GRÜNE treten dafür ein, dass sich der Schülerverkehr an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientiert und nicht an den betrieblichen Abläufen der Busunternehmen!

Wir Grüne treten dafür ein, dass Busse und Bahnen ausgebaut werden und Rad- und Fußgängerverkehr Vorfahrt erhalten. Dazu müssen die Bundeskürzungen im Öffentlichen Verkehr (ÖV) zurückgenommen werden und das Land wieder mehr finanzielle Verantwortung übernehmen.

Vor Ort übernehmen auch GRÜNE seit Jahren Verantwortung beim Bürgerbusverein!

Die Förderung eines sicheren Radwegenetzes in Bad Driburg hat zudem eine hohe Priorität.

Ein Blick auf das liebe Geld - der Haushalt von Bad Driburg

Unser Haushalt schlägt mit 29,2 Mill. € Einnahmen und 29,57 Mill. € Ausgaben im Ergebnisplan zu Buche. Darin sind enthalten 6,72 Mill. € für Personal- und Versorgungsaufwendungen, 9,97 Mill. € als Abführung der Kreisumlage an den Kreis Höxter und 2,14 Mill. € für Schulen und Bildung.

Gerade die sozialen Aufwendungen sind uns wichtig. So stehen bei den Kindertageseinrichtungen 984.000 € Einnahmen Ausgaben von 1,462 Mill. € gegenüber. Der Anteil der Stadt liegt also bei lediglich 479.000 €.

Für Sportanlagen und Bäder hat die Stadt nach Abzug aller Einnahmen 747.000 € aufzubringen: etwa für das Hallenbad 200.000 €, für das Freizeitbad 111.000 € und das Freibad Neuenheerse 42.000 €.

Demgegenüber ist der benötigte Zuschuss der Stadt für den Betrieb der Therme mit jährlich über 1 Mill. € erheblich höher und für die nächsten Jahre auf 1,05 Mill. € festgeschrieben worden.

Wir wurden gefragt: „Wie ist das eigentlich genau mit dem Kurpark?“ Im Haushalt stellt sich das so dar: die gräflichen Betriebe erhalten 80 % der Kurbeitragseinnahmen von derzeit festgesetzten 1,1 Mill. €, also 880.000 € plus Pflegekosten für die Gräfin-Margarete-Allee in Höhe von 7.681 € (mit MwSt.). Steigt die Kurtaxeinnahme, steigt auch der Anteil der gräflichen Betriebe. Sinkt die Einnahme, so ist der Anteil der gräflichen Betriebe zunächst auf 880.000 € festgeschrieben und kann erst dann nachverhandelt werden, wenn die Einnahmen aus der Kurtaxe um mehr als 10 % sinken.

Diese Regelung haben wir GRÜNE vehement abgelehnt, ebenso wie das zusätzlich vertraglich geplante Eintrittsgeld in den Kurpark.

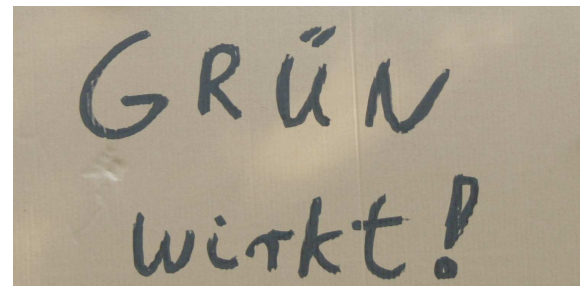
Ein Vergleich mit den Aufwendungen für soziale Leistungen lohnt sich an dieser Stelle: Da muss die Stadt lediglich 719.000 € aufbringen.

Zu den Schulden der Stadt: das sind derzeit 7,2 Mill. € aus. Aber auch die Eigenbetriebe der Stadt haben Schulden: Stadtwerke (3,63 Mill. € zum 31.12.07), Abwasserwerk (ca. 21 Mill. €) und die Therme (2,34 Mill. € zum 31.12.07).

So trägt jeder Bürger und jede Bürgerin von Bad Driburg eine Gesamtschuldenlast von 1.777 €.

In den nächsten Jahren werden wir, auch im Blick auf die Finanz- und Konjunkturkrise, Einnahmen und Ausgaben einer besonders kritischen Betrachtung unterwerfen müssen. Die fetten Jahre sind vorbei und nun muss die Stadt ihren Haushalt ohne steigende Einnahmen aus Gewerbesteuer u. a. ausgeglichen halten, ohne gerade in den Bereichen Bildung, Sport und Soziales massive Einschnitte vornehmen zu müssen.

Daher ist das Problem Therme offensiv anzugehen. Auch die geplanten Ausgaben für die Lange Straße müssen kritischer Überprüfung standhalten. Den Wirtschafts- und Gesundheitsstandort Bad Driburg gilt es unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu fördern.



Global denken – lokal handeln

Klaus Töpfer greift eine alte GRÜNE Forderung auf und stellt völlig zur Recht die Frage: „Eigentlich müssten wir das Recht, Treibhausgase zu emittieren, auf der ganzen Welt gleichmäßig verteilen. Warum soll ein US-Amerikaner oder ein Deutscher mehr Recht haben, die Atmosphäre zu belasten als ein Inder oder Chinese?“

Energieeinsparung, der Einsatz effizienterer Energietechnik und der massive Ausbau erneuerbarer Energien schonen dabei nicht nur das Klima. Sie sorgen auch dafür, dass Aufträge und Wertschöpfung in der Region bleiben und Arbeitsplätze im Handwerk, in der Landwirtschaft und bei DienstleisterInnen geschaffen und gesichert werden. Dezentrale Lösungen, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, verbindliche Energieeinsparziele, eine an Energieeffizienz orientierte Beschaffungspolitik auch für Geräte und Fahrzeuge und der Ausbau der erneuerbaren Energien sind Bausteine eines Klima-Programms für Bad Driburg, das Arbeitsplätze vor Ort schafft.

Ausbau Erneuerbarer Energien

Darüber hinaus sollte in Kommunen grundsätzlich die Nutzung Erneuerbarer Energien mit in Betracht gezogen werden, wenn es um die Beheizung kommunaler Gebäude geht (z. B. Solarwärme, Holzpellets, Geothermie, Biogas).



Kommunales Energiemanagement

Das aheliegendste und in der Regel wohl auch erste kommunale Energie- und Klimaschutzprojekt ist das sog. „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften“ mit dem Ziel, Energieverbrauch und damit auch Kosten zu reduzieren. Trotz explodierender Energiepreise setzen sich viele Kommunen bis heute damit nicht systematisch auseinander. Grundlage jeden Energiemanagements ist die systematische Messung und Aufzeichnung von Verbräuchen. Nur so lassen sich Minderungspotenziale zur Senkung des Energiebrauchs ermitteln.

Rekommunalisierung der Energieerzeugung

Angesichts der unbestreitbar richtigen Forderung nach mehr Wettbewerb im Energiemarkt, ist die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung von Stadtwerken im Rahmen der Gemeindeordnung durch die NRW-Landesregierung nicht nachvollziehbar. Die Ideologie „Privat vor Staat“ führt zu weniger Wettbewerb und Markt, stärkt dagegen oligopolistische Konzernstrukturen. Vor diesem Hintergrund ist es umso so begrüßenswerter, wenn in Städten und Gemeinden in NRW zunehmend über eine Re-Kommunalisierung der Energieversorgung nachgedacht wird. Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden diese Entwicklung fördern und unterstützen. Wir haben uns daher dafür eingesetzt, dass die Bad Driburger Stadtwerke sich im Bereich der Energie-Erzeugung engagieren. Leider hat der Bürgermeister den günstigen Zeitpunkt vor der Änderung der Gemeindeordnung durch die schwarz-gelbe Landesregierung verstreichen lassen.

„Wir haben nichts gegen Kraftwerke – eigentlich sollte jeder eins haben!“